

FÜR SIE AUS BERLIN:

DR. MARLON BRÖHR BERICHTET



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

vor gut einem Jahr, am 25. März 2025, hat sich der 21. Deutsche Bundestag konstituiert. Seitdem erleben wir politisch und gesellschaftlich eine Zeit großer Veränderungen. Die wirtschaftliche Lage bleibt angespannt, der internationale Druck auf Europa wächst, und viele Menschen fragen sich zu Recht, wie Deutschland wieder erfolgreicher, sicherer und verlässlicher werden kann.

Mit diesem „Bericht aus Berlin“ möchte ich Ihnen nicht nur einen Einblick in meine Arbeit als Bundestagsabgeordneter geben, sondern vor allem erläutern, woran wir konkret arbeiten. Ich möchte darauf eingehen, welche Reformen im letzten Jahr angestoßen wurden, wo es Fortschritte gibt und wo weiterhin dringender Handlungsbedarf besteht.

Ob hohe Energiepreise, überbordende Bürokratie, Migration, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft oder die medizinische Versorgung vor Ort. In vielen Bereichen muss unser Staat wieder handlungsfähiger werden. Wir stehen vor einer Phase grundlegender Weichenstellungen. Umso wichtiger ist der offene Austausch darüber, wie wir unser Land wirtschaftlich stark, gesellschaftlich stabil und zukunftsfähig halten können. Ich trete dafür ein, dass wir den Herausforderungen unserer Zeit endlich mit mehr Mut und Entschlossenheit begegnen.

Herzliche Grüße

A handwritten signature in blue ink that reads 'Marlon Bröhr'.

Marlon Bröhr

INHALTSVERZEICHNIS

Zwischenbilanz der Koalition	Seite 3
Beschluss Parlamentskreis Mittelstand	Seite 8
Meine Ausschüsse	Seite 9
Im Wahlkreis unterwegs	Seite 12
Förderprogramme	Seite 14
Praktikum im Abgeordnetenbüro	Seite 17
Jugend und Parlament	Seite 17
Parlamentarisches Patenschafts-Programm	Seite 18
Besuch in Berlin	Seite 19



THEMATISCHE SCHWERPUNKTE IN BERLIN

ZWISCHENBILANZ DER KOALITION NACH EINEM JAHR UNIONSGEFÜHRTER BUNDESREGIERUNG

Die Welt befindet sich in einem fundamentalen Wandel. Eine Logik der Großmächte kehrt immer mehr zurück. Tiefgreifende geopolitische Umbrüche lassen alte Gewissheiten schwinden. Das bisherige „Geschäftsmodell Deutschland“ funktioniert nicht mehr wie bisher.

Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Wir haben in den zurückliegenden Jahrzehnten in Deutschland und Europa sehr deutlich an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Zwischen 1993 und 2022 ist das Pro-Kopf-BIP in den USA um fast 60 Prozent gestiegen, während der Anstieg in Europa bei weniger als 30 Prozent lag. Auch dadurch geraten wir unter Druck und stehen vor einer grundlegenden Richtungsentscheidung: Wir können unseren relativen Bedeutungsverlust verwalten – oder mit mutigen Reformen den Willen zur Selbststärkung entwickeln, der notwendig ist, um unsere Interessen behaupten zu können.

„Aus Verantwortung für Deutschland“ sind wir in diese Koalition gegangen. Erste Veränderungen haben wir schnell angestoßen, wichtige Reformen auf den Weg gebracht. Für uns als CDU/CSU-Bundestagfraktion ist dabei der Kurs klar: Wachstum schaffen, Sicherheit stärken und Gerechtigkeit erneuern. So bringen wir Deutschland voran. In weniger als einem Jahr haben wir im Deutschen Bundestag bereits 141 Gesetze beschlossen. Dazu gehören unter anderem Maßnahmen zur Stärkung des Wachstums (Senkung der Unternehmenssteuern, der Investitionsbooster, die mittelstandsfreundliche Beschleunigung der öffentlichen Beschaffung, die Abschaffung der Sicherheitsbeauftragten für kleine Unternehmen sowie eine Vielzahl an Maßnahmen zur Senkung der Energiepreise, Wiedereinführung der Agrardiesel-Rückerstattung; u.v.m.) oder die konsequente Bekämpfung illegaler Migration. Die Asylbewerberzahlen gehen deutlich zurück. Die Asyl-Erstanträge in Deutschland sind im Jahr 2025 im Vergleich zu 2024 um 51 Prozent rückläufig, um 66 Prozent im Vergleich zum Jahr 2023. Wir haben das Bürgergeld abgeschafft und eine neue Grundsicherung eingeführt.

Deutschland ist seit Jahren wirtschaftlich nicht mehr gewachsen. Weiteren Stillstand können wir uns nicht erlauben. Der Politikwechsel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik braucht mutige Strukturreformen. Für uns als Unionsfraktion ist klar: Wachstum ist die Achse, um die sich alles andere dreht. Wachstum ist die Voraussetzung einer soliden Haushaltspolitik, einer starken Sozialpolitik und selbstbewussten Außen- und Europapolitik. Die Stabilität einer Gesellschaft liegt insbesondere auch in ihrer Fähigkeit zu Reformen. Als Union wollen wir nicht den Status quo verwalten – wir wollen Fortschritt ermöglichen, Fortschritt gestalten. Das heißt konkret: eine Wirtschaft, die wieder wächst; ein Staat, der solide finanziert ist; Sozialsysteme, die auch in Zukunft tragen.

Wirtschaft und Bürger entlasten

- Die Körperschaftsteuer sinkt ab 2028 schrittweise von 15 Prozent auf 10 Prozent. Es handelt sich hierbei um die größte Steuersenkung seit 15 Jahren.
- Für alle Arbeitnehmer haben wir zum 1. Januar 2026 die Entfernungspauschale auf 38 Cent ab dem ersten Kilometer angehoben. Somit gleichen wir die höheren Kosten beim Pendeln zur Arbeit aus.
- Steuererleichterungen für die Gastronomie: Wir haben die Umsatzsteuer für Speisen in der Gastronomie von 19 auf 7 Prozent dauerhaft gesenkt.
- Zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements haben wir zum 1. Januar 2026 u. a. die Übungsleiterpauschale auf 3.300 Euro und die Ehrenamtspauschale auf 960 Euro erhöht.

- Zur Stärkung von Verbrauchern und Automobilwirtschaft haben wir die Steuerbefreiung für Elektrofahrzeuge über 2025 hinaus verlängert.

Verbraucher und Wirtschaft werden bei den Energiepreisen entlastet - Energiewende technologieoffen meistern

- Verbraucher und Wirtschaft werden bei Strom- und Gaspreisen entlastet! Wir haben die Gasspeicherumlage abgeschafft und entlasten mit insgesamt 3,4 Mrd. Euro die Gasverbraucher. Wir bezuschussen die Übertragungsnetzentgelte und entlasten die Stromverbraucher dadurch in den nächsten vier Jahren um insgesamt 26 Milliarden Euro. Wir haben die Stromsteuersenkung bis auf den EU-Mindeststeuersatz (50 Cent/MWh) für das produzierende Gewerbe und die Land- und Forstwirtschaft verstetigt. Für die energieintensiven Betriebe haben wir einen Industriestrompreis eingeführt.
- Das unionsgeführte Wirtschaftsministerium hat ein Energiewende-Monitoring vorgelegt: Eine Bestandsaufnahme, die zeigt, was zu tun ist, damit die Energieversorgung sicher und bezahlbar bleibt. Dabei setzen wir auf Technologieoffenheit. Daher haben wir eine Reihe von Gesetzen verabschiedet, mit denen wir die Planungs- und Genehmigungsverfahren für die Windenergie, Energiespeicher, Stromnetze und Geothermie vereinfachen und beschleunigen. Auch den Verbraucherschutz und die Digitalisierung unserer Energieversorgung haben wir verbessert.
- Angesichts der steigenden Kraftstoffpreise in Folge des Iran-Kriegs haben wir schnell reagiert. Im ersten Schritt haben wir das Kartellrecht verschärft, u.a. mit der Beweislastumkehr, wodurch das Bundeskartellamt die Preise und Gewinne auch der Mineralölkonzerne besser untersuchen kann. Mit der Einführung des sog. „österreichischen Modells“ (nur noch einmalige Möglichkeit der Preiserhöhung an Tankstellen pro Tag) wurde die Voraussetzung für mehr Markttransparenz geschaffen. Im zweiten Schritt haben wir dann auf zwei Monate befristet seit dem 1. Mai 2026 die Energiesteuer (inkl. Umsatzsteuer-Anteil) um rund 17 Cent je Liter Benzin oder Diesel gesenkt. Damit entlasten wir Verbraucher sowie die Wirtschaft bei den Preisen für Kraftstoffe um rund 1,6 Milliarden Euro.
- Die steuerliche Begünstigung für Agrardiesel haben wir wieder eingeführt.
- Das „Heizungsgesetz“ der Ampel wird abgeschafft. Die bürokratischen und kleinteiligen Regelungen werden gestrichen. Das neue Gebäudemodernisierungsgesetz wird technologieoffener, flexibler, praxistauglicher und einfacher.

Mobilität stärken und technologieoffen vorantreiben

- Auf beharrlichen Druck der Union hin setzt sich die Bundesregierung auf EU-Ebene dafür ein, dass 2035 ergänzende Übergangstechnologien wie Plug-In-Hybrid-Fahrzeuge (PHEV), Elektrofahrzeuge mit Range-Extendern (EREV) und hocheffiziente Verbrenner zugelassen werden können und die Regulierung entsprechend angepasst wird. Das hilft der heimischen Automobilwirtschaft, einem der wichtigsten Wirtschaftszweige Deutschlands. Gleichzeitig bleibt die Elektromobilität weiterhin ein zentraler Baustein. Damit das E-Auto erschwinglich wird, fördern wir insbesondere Haushalte mit kleinem und mittlerem Einkommen beim Kauf und Leasing von reinen Elektro- und Plug-in-Hybrid-Fahrzeugen. Zudem haben wir die Kfz-Steuerbefreiung für E-Autos sowie die Mautbefreiung von emissionsfreien LKWs verlängert.
- Mit einer umfassenden Bahnreform soll die Bahn wieder zu einem verlässlichen Verkehrsmittel werden. Zudem haben wir die Finanzierung des Deutschlandtickets für die nächsten Jahre gesichert.
- Mit dem digitalen Fahrzeug- und Führerschein können die Papiere zukünftig bequem auf dem Handy mitgeführt werden.
- Zur Stärkung des Luftverkehrsstandorts Deutschland haben wir die Umsetzung eines umfangreichen Maßnahmenpakets gestartet. Die Luftverkehrsteuer wird zum 1. Juli 2026 auf das gesetzliche Niveau vor der Erhöhung im Jahr 2024 gesenkt. Die Flugsicherungsgebühren werden bis 2029 sinken. Mit unseren Maßnahmen unterstützen wir unsere großen Flughäfen, aber auch die Regionalflughäfen.

- Mit dem verabschiedeten Gesetz zur Weiterentwicklung der Treibhausgasminderungsquote sorgen wir für mehr Klimaschutz im Verkehrssektor und schaffen Planungssicherheit für die Inverkehrbringer von Kraftstoffen. Im Sinne der Technologieoffenheit sorgen wir durch einen breiten Mix an Erfüllungsoptionen für marktwirtschaftliche Anreize, um Kraftstoffe CO₂-ärmer zu machen.

Infrastruktur modernisieren

- Mit der größten Modernisierungs-Offensive seit der Wiedervereinigung stellen wir 500 Mrd. Euro für Bahnstrecken und Straßen, Schulen und Kitas, Forschung und Digitalisierung bereit, Länder und Kommunen erhalten 100 Mrd. Euro für Sanierung und neue Projekte.
- Mit dem Länder- und Kommunalentlastungsgesetz stärken wir Länder mit finanzschwachen Kommunen ebenso wie finanzstarke Länder.
- Mit 166 Mrd. Euro investieren wir in den nächsten Jahren so viel wie noch nie in Straße, Schiene und Wasserstraße. Dabei gilt: Alles, was baureif ist, wird gebaut. Dafür haben wir im Jahr 2026 noch einmal zusätzlich 3 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt und die notwendige Flexibilität geschaffen, um alle Mittel für alle baureifen Projekte verwenden zu können. Auf dieser Grundlage wurden Anfang Dezember die Baufreigaben für 16 Bundesstraßen- und sieben Autobahn-Neubauprojekte erteilt.
- Mit einem neuen Infrastrukturzugriffsgesetz, das wir so schnell wie möglich verabschieden wollen, werden wir den Weg für mehr Tempo bei der Planung und Genehmigung neuer Straßen, Schienen und Wasserstraßen ebnen.
- Wir sorgen dafür, dass Häuser und Wohnungen schneller und günstiger gebaut werden können. Mit dem „Bau-Turbo“ (Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung) haben wir den Gemeinden ermöglicht, von aufwändigen und kostentreibenden Vorschriften des Baugesetzbuches abzuweichen. Als zweiten Schritt verabschieden wir noch 2026 eine umfassende Novelle des Baugesetzbuches. Zudem haben wir gesetzlich ermöglicht, dass nicht mehr benötigte Bahnflächen einfacher zur Nutzung für andere Zwecke, etwa für den Wohnungsbau, freigegeben werden können. Zur Aktivierung des Bauüberhangs (geplante, aber nicht begonnene Projekte), fördern wir Projekte, die den Effizienzhaus 55-Standard (EH 55) erfüllen. Um den stagnierenden Wohnungsbau anzukurbeln, haben wir 800 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Auch die Förderung für barrierefreies Umbauen haben wir wiederbelebt.
- Das neu geschaffene Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung steht für spürbare Fortschritte auf dem Weg zu einem schnelleren, digitalen und handlungsfähigeren Deutschland.
- Mit der „Modernisierungsagenda des Bundes“ und durch die „Föderale Modernisierungsagenda“ liegen erstmals verbindliche Fahrpläne für einen moderneren Staat vor: Weniger Zettelwirtschaft und mehr Realwirtschaft durch spürbaren Bürokratierückbau, schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren, eine leistungsfähige digitale Infrastruktur mit gemeinsamen Standards („Deutschland-Stack“). Durch Künstliche Intelligenz in der Verwaltung und durch eine Positionierung des Staates als Ankerkunde stärken wir unsere digitale Souveränität und den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Landwirtschaft entlastet und wertgeschätzt

- Ein zentraler Schritt ist die vollständige Wiedereinführung der Agrardieselrückvergütung zum 1. Januar 2026. Damit entlasten wir unsere land- und forstwirtschaftlichen Betriebe jährlich um rund 430 Mio. Euro. Diese Entscheidung stärkt die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe und sorgt für Planungssicherheit.
- Wir haben uns mit dafür eingesetzt, dass das Inkrafttreten der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte (EUDR) erneut um ein Jahr auf Ende 2026 verschoben wird. Die EUDR, wie sie derzeit vorliegt, führt nicht zu mehr internationalem Waldschutz, sondern nur zu mehr Bürokratie und Auflagen für unsere Betriebe. Wir wollen die deutsche Wirtschaft vor unnötigen Dokumentationspflichten schützen und gleichzeitig wirksame Nachhaltigkeitsstandards sicherstellen.

- Wir haben den Wolf ins Jagdrecht aufgenommen. Dort, wo er eine konkrete Bedrohung für Nutztiere darstellt – auf Weiden, in Offenlandschaften oder auf Deichen –, soll er nun aktiv bejagt werden können. Damit schaffen wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner einen realistischen Ausgleich zwischen Artenschutz und dem Schutz unserer Weidetierhaltung.
- Mit der Abschaffung der Stoffstrombilanzverordnung haben wir die Dokumentations- und Berichtspflichten auf den Höfen sofort reduziert. Der jährliche Bürokratieaufwand sinkt dadurch um rund 18 Millionen Euro.
- Ab dem 1. Januar 2026 kann die kurzfristige Beschäftigung in landwirtschaftlichen Betrieben länger sozialversicherungsfrei ausgeübt werden – statt bisher 70 nun 90 Arbeitstage. Damit schaffen wir dringend benötigte Flexibilität für saisonale Arbeitsspitzen, etwa im Obst-, Gemüse- und Weinbau.
- Ernten sichern heißt auch, wirksamen und praxistauglichen Pflanzenschutz zu ermöglichen und sich nicht von ideologischen Vorgaben treiben zu lassen. Daher haben wir das von der Ampel-Regierung beschlossene sogenannte Zukunftsprogramm Pflanzenschutz, das ausschließlich eine fachfremde Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln zum Ziel hatte, aus dem Haushalt gestrichen.
- Gleichzeitig konnten bei der Pflanzenschutzmittelzulassung wirksame Erfolge erzielt werden. Mit dem Gesetz zur Anpassung des Pflanzenschutzgesetzes haben wir die aus dem EU-Recht folgende Verpflichtung zur Nutzung elektronischer Aufzeichnungen für die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln vom 1. Januar 2026 auf den 1. Januar 2027 verschoben. Wir vermeiden damit Rechtsunsicherheiten und geben allen Betrieben ausreichend Zeit für die Umstellung.

Neue Grundsicherung und mehr Gerechtigkeit

- Die sozialen Sicherungssysteme sind eine wichtige Errungenschaft unseres Landes und sichern den sozialen Frieden. Aber sie sind komplex, teilweise ineffizient und teuer. Wir sorgen für mehr Gerechtigkeit und werden insbesondere durch die dauerhafte Vermittlung von arbeitslosen Menschen in gute Beschäftigung Einsparungen erzielen.
- Wir haben das Bürgergeld abgeschafft und eine neue Grundsicherung eingeführt. Diejenigen, die arbeiten können, wollen wir dauerhaft in Beschäftigung bringen. Künftig hat die Vermittlung eines Arbeitsplatzes wieder Priorität. Wer Termine bei der Jobvermittlung nicht einhält oder zumutbare Arbeit nicht annimmt, erhält keine Leistungen. Härtefälle werden berücksichtigt. Es gilt der Grundsatz „Fördern und Fordern“.
- Auf Grundlage der vorliegenden Ergebnisse der Sozialstaatskommission gehen wir in diesem Jahr auch den zweiten Schritt zur sog. Grundsicherung II, um bspw. die Hinzuverdienstgrenzen anders auszugestalten, so dass der Anreiz zu arbeiten wächst.

Die Rente zukunftsfest machen und beste Gesundheitsversorgung bei stabilen Beiträgen

- Mit dem Rentenpaket I sind wir einen entschiedenen ersten Schritt gegangen, um die Altersvorsorge zu modernisieren und insgesamt breiter aufzustellen. Zu dem Paket, das verschiedene Gesetze umfasst, gehört die Aktivrente. Diejenigen, die über die Regelaltersgrenze hinaus weiterarbeiten, können bis zu 2.000 Euro/Monat steuerfrei hinzuverdienen. Damit setzen wir neue Arbeitsanreize. Wir haben für die Aktivrente auch das sog. Anschluss- oder Vorbeschäftigungsverbot abgeschafft. Die steuerlich geförderte private Altersvorsorge („Riester-Rente“) haben wir mit Fokus auf die Chancen des Kapitalmarkts (Einführung eines Altersvorsorgedepots) und unter erstmaligem Einbezug aller Selbstständigen reformiert. Das Rentenniveau haben wir bei 48 Prozent bis 2031 stabilisiert. Wir haben die Betriebsrente gestärkt, mit dem Ziel, ihre Verbreitung, besonders in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie bei Geringverdienern, zu erhöhen und die Vorsorge bürokratieärmer zu gestalten. Mit der Frühstartrente werden wir Kinder und Jugendliche an den Kapitalmarkt heranzuführen und bereiten das Startkapital für ihre private Altersvorsorge vor.

- Für ein sog. Rentenpaket II erarbeitet die Rentenkommission bis zum Juni 2026 Vorschläge für eine Stabilisierung der Beitragssätze und ein gutes Gesamtversorgungsniveau über alle drei Säulen der Altersvorsorge. Das Rentenpaket II soll bis spätestens Ende Oktober 2026 im Deutschen Bundestag beschlossen werden.
- Dies macht klar: Im Bereich der Sozialsysteme und für mehr Leistungsgerechtigkeit sind wir neue Wege gegangen. Die Einführung der neuen Grundsicherung, der Aktivrente und die Vorarbeiten zur Frühstartrente stellen eine grundsätzlich andere Politik dar.
- Weitere Reformen im Bereich Gesundheitsversorgung und der Pflegeversicherung stehen an. Das Ergebnis der Finanzkommission Gesundheit hat die Bundesregierung schnell in einen Gesetzentwurf zur Reform der gesetzlichen Krankenkassen umgesetzt. Dessen oberstes Ziel ist und soll bleiben, den allgemeinen Beitragssatz von 14,6 Prozent zuzüglich des durchschnittlichen Zusatzbeitragssatzes stabil zu halten. Er wird nun in den nächsten Wochen im Parlament beraten werden.
- Für die Pflegeversicherung hat die Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft „Zukunftspakt Pflege“ Ergebnisse geliefert, die noch vor dem Sommer auf der Grundlage einer „Roadmap“ umgesetzt werden. Auch diesen Prozess werden wir intensiv begleiten.
- Mit dem Krankenhausreformenpassungsgesetz haben wir eine der größten Krankenhausreformen seit Jahrzehnten abgeschlossen. Dadurch ermöglichen wir im Zusammenspiel mit dem Krankenhaus-Transformationsfonds eine zukunftsfähige Krankenhausstruktur. Unser Ziel ist eine qualitativ hochwertige, bedarfsgerechte und praxistaugliche Krankenhauslandschaft.
- Wir haben bessere Rahmenbedingungen und schnellere Verfahren für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in Heilberufen geschaffen.

BESCHLUSS DES PARLAMENTSKREISES MITTELSTAND

Der Parlamentskreis Mittelstand (PKM) bildet mit über 160 Mitglieder die größte soziologische Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Auch ich bin Mitglied des PKM. Am **21. Mai 2026** hat der Vorstand einen Beschluss gefasst, den ich inhaltlich unterstütze. Den Inhalt möchte ich Ihnen daher im Folgenden gerne darlegen.

Konjunkturelle Schwäche, hohe Energiepreise und internationale Krisen treffen den Mittelstand und die Bürgerinnen und Bürger in einer Phase erheblichen wirtschafts- und strukturpolitischen Reformbedarfs. Um Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Wohlstand dauerhaft zu sichern und unsere Wirtschaft, den Mittelstand und das Handwerk zu stärken, braucht unser Land jetzt wirtschafts-, finanz- und fiskalpolitische Verlässlichkeit sowie entschlossene Reformen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in den vergangenen Monaten im Interesse der Handlungsfähigkeit der Bundesregierung Verantwortung übernommen und Kompromisse ermöglicht – unter anderem bei der Errichtung des Sondervermögens und dem Rentenpaket. Diese Kompromissbereitschaft findet jedoch dort ihre Grenze, wo zusätzliche steuerliche Belastungen zur Diskussion gestellt, Mittel für wachstumsfördernde Maßnahmen zur Finanzierung anderer Aufgaben herangezogen oder zentrale Grundsätze einer soliden Haushaltspolitik in Frage gestellt werden.

Für die Verwendung des „Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaschutz“ ist der tatsächliche volkswirtschaftliche Begriff der Investition als Berechnungsgrundlage heranzuziehen, selbst wenn die haushälterische Auslegung auch „sachfremde Investitionen“ zuließe. Verschiebungen aus dem Kernhaushalt müssen unterbleiben und das eingeräumte Sondervermögen ist in Investivhaushalten einzusetzen, die aus den eingesetzten Mitteln einen fiskalischen Mehrwert erbringen.

Unser Land braucht dringend umfassende strukturelle Reformen, um seine wirtschaftliche Stärke, Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit zu sichern. Einen solchen Reformkurs unterstützen wir und begleiten die Arbeit der Bundesregierung und der eingesetzten Kommissionen weiterhin konstruktiv.

Der Vorstand des Parlamentskreis Mittelstand (PKM) beschließt:

1. Wir unterstützen unseren Bundeskanzler, der Mehrbelastungen bei der Einkommen- und Erbschaftsteuer ablehnt. Die Einkommensteuer ist die Steuer des Mittelstands. Die im Koalitionsvertrag vereinbarten steuerlichen Entlastungen für kleine und mittlere Einkommen müssen daher ohne steuerliche Mehrbelastungen bei der Einkommensteuer umgesetzt und finanziert werden.
2. Wir unterstützen die Bundesregierung dabei, konsequent Ausgaben zu priorisieren, Einsparpotenziale zu heben und wachstumsfördernde Maßnahmen in den Mittelpunkt zu stellen.
3. Wir fordern die Bundesregierung auf, dass die Mittel aus dem „Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz“ für echte, zusätzliche und wachstumsfördernde Investitionen eingesetzt und nicht zur Finanzierung konsumtiver Ausgaben oder anderer politischer Vorhaben herangezogen werden.
4. Wir fordern, dass versicherungsfremde Leistungen – insbesondere für Grundsicherungsempfänger – nicht zulasten der gesetzlichen Krankenversicherung finanziert werden.
5. Weitere Lockerungen der Schuldenbremse lehnen wir entschieden ab.

Steuererhöhungen, eine Verschiebung von Prioritäten zulasten wachstumsfördernder Maßnahmen und eine Abkehr von einer soliden Haushaltspolitik sind kein Beitrag zur Lösung, sondern schaden unserem Land und untergraben das Vertrauen in eine verlässliche Politik.

Deutschland braucht jetzt einen wirtschaftspolitischen Kurs, der Leistung belohnt, Investitionen ermöglicht und neues Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes schafft.

MEINE TÄTIGKEIT ALS MITGLIED DES PETITIONSAUSSCHUSSES

Echte Mitsprache und politisch etwas bewegen? Das kann jeder! Und zwar mit einer Petition an den Deutschen Bundestag. Wer eine Bitte, Beschwerde oder Anregung hat, kann sich an unser Parlament wenden. Sowohl in eigener Sache als auch im Interesse der Allgemeinheit. Jederzeit – schriftlich oder seit nunmehr 20 Jahren auch online, auf **elektronischem Weg**.

Petitionen vermitteln den Abgeordneten ein Bild von den Anliegen, Sorgen und Nöten der Bürgerinnen und Bürger. Sie machen auch Lücken und Schwachstellen in gesetzlichen Regelungen sichtbar. Sie sind ein Auftrag an uns als Parlament: Jede Petition wird im Petitionsausschuss des Bundestages bearbeitet. Im Jahr 2024 waren es 9.260 Petitionen, die insgesamt von über 700.000 Menschen unterzeichnet wurden. Der Petitionsausschuss ist eine feste Instanz unserer parlamentarischen Demokratie. Im Jahr 1975 – also vor 50 Jahren – wurde er im Grundgesetz verankert.

Ich freue mich daher sehr, dass ich auch wieder in dieser Legislaturperiode Mitglied des Ausschusses bin. Sollten Sie Interesse an der Arbeit des Petitionsausschusses haben, kann ich Ihnen den Jahresbericht 2024 empfehlen. Letztes Jahr habe ich zu diesem im Plenum reden dürfen.



Rede im Plenum des Deutschen Bundestages zum Jahresbericht 2024



Mongolische Delegation informiert sich über das deutsche Petitionswesen

Als Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages hat es mich sehr gefreut, dass unser Fraktionsvorsitzender Jens Spahn an unserer Arbeitsgruppensitzung teilgenommen hat. Und keine Sorge: So ernst, wie das Foto vielleicht vermuten lässt, war die Stimmung natürlich nicht! Wir haben intensiv über die Herausforderungen und Chancen des Jahres 2026 gesprochen und uns darüber ausgetauscht, wie wichtig und wirkungsvoll die Arbeit des Petitionsausschusses für unsere Demokratie ist.



Gespräch Arbeitsgruppe Petitionen mit Jens Spahn



AG Petition der CDU/CSU-Fraktion, 21. Legislaturperiode

MEINE TÄTIGKEIT ALS MITGLIED DES VERTEIDIGUNGS-AUSSCHUSSES

Die sicherheitspolitische Lage in Europa hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend verändert. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, zunehmende internationale Spannungen und neue Bedrohungen für unsere Freiheit und Sicherheit zeigen deutlich, dass Verteidigungspolitik heute zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Als Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages beschäftige ich mich daher intensiv mit der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr, der Ausstattung unserer Soldatinnen und Soldaten sowie den sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit.

Im Folgenden möchte ich Ihnen einen Einblick darüber geben, welche verteidigungspolitischen Entscheidungen im letzten Jahr getroffen wurden, und was wir erreicht haben. Des Weiteren finden Sie eine Auswahl an Impressionen von Treffen mit Bundeswehr-Vertretern auf den folgenden Seiten.



Im Gespräch mit Radio Andernach



Im Gespräch mit dem Sanitätsunterstützungszentrum Cochem



Treffen der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Fraktion mit dem Verteidigungsminister der Ukraine

Was haben wir im letzten Jahr erreicht?

- Der Neue Wehrdienst wurde eingeführt. Männer werden künftig zur Musterung verpflichtet. Mit einem verbindlichen Aufwuchspfad mit halbjähriger Berichtspflicht an den Bundestag schaffen wir Verbindlichkeit beim personellen Aufwuchs der Bundeswehr. Nur wenn das nicht reicht, brauchen wir die Wehrpflicht.
- Wir fördern die militärische Sicherheit: Mit einem entsprechenden Artikelgesetz haben wir Schutz und Resilienz der Bundeswehr gestärkt – gegen Spionage, Sabotage, Extremismus und Cyberangriffe – und beschleunigen Sicherheitsüberprüfungen und Sabotageschutz.
- Wir haben 2025 insgesamt 79 Mrd. Euro für unsere Verteidigung ausgegeben. In 2026 sind 108 Mrd. Euro ausgebracht. Von 2026 bis 2030 kommen wir auf rund 730 Mrd. Euro, davon 593 Mrd. Euro aus der Bereichsausnahme. Eine beispiellose Anstrengung zur Sicherstellung unserer Verteidigungsfähigkeit.
- Die Beschaffung der Bundeswehr läuft auf Hochtouren. Wir haben im Jahr 2025 mehr als 100 Großprojekte mit einem Volumen größer 25 Mio. Euro bewilligt.
- Wir haben den Nationalen Sicherheitsrat geschaffen. Er bündelt die sicherheitspolitischen Kompetenzen an der Schnittstelle zwischen innerer, äußerer, wirtschaftlicher und digitaler Sicherheit.
- Die Koalition hat die erste Weltraumsicherheitsstrategie beschlossen. Damit schaffen wir das strategische Fundament, um unsere zivile und militärische Handlungsfähigkeit im Weltall dauerhaft zu sichern.
- Das Planungs- und Beschaffungsbeschleunigungsgesetz der Bundeswehr wurde beschlossen, damit die Bundeswehr schneller ertüchtigt werden kann.



Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Fraktion mit Sts Hilmer BMVg



Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Fraktion mit Generalinspekteur



Im Gespräch mit dem Logistikbataillon Beelitz



Sanitätsunterstützungszentrum Cochem



Rede im Plenum des Deutschen Bundestages

Am 25.06.2025 durfte ich im Plenum des Deutschen Bundestages eine Rede zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der durch die Europäische Union geführten Operation EUFOR ALTHEA in Bosnien und Herzegowina halten. Die komplette Rede können Sie sich [hier](#) anschauen.



Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Fraktion mit dem Inspekteur Marine

WAHLKREISRELEVANTE THEMEN

THEMEN UND TERMINE IM WAHLKREIS

Besonders wichtig ist es in meinem Beruf, mit den Menschen im Gespräch zu bleiben. Schon als Bürgermeister und Landrat bin ich deshalb gerne zu Ortsbürgermeistern und Gemeinderäten gefahren, weil man von ihnen immer Interessantes erfahren kann. Diese Tradition der Gemeindebesuche pflege ich weiter! Auch der Austausch mit Vereinen, der Blaulicht-Familie, Verbänden und Unternehmen ist mir äußerst wichtig. Nur wenn dieser funktioniert, erfahre ich, welche Themen die Menschen vor Ort beschäftigen und wie ich sie in Berlin bestmöglich vertreten kann. Sollten Sie Interesse an einem Austausch haben, können Sie mich immer gern ansprechen. Im Folgenden erhalten Sie einen kleinen Einblick über meiner Termine im letzten Jahr.



Besuch der Firma Schnorpfeil



Weinfest in Cochem



Besuch der Staustufe St. Aldegund



Besuch im Wild- & Freizeitpark Klotten



Ehrung Blutspender DRK Rhein-Hunsrück



Gespräch mit Peter Mayer, Regionaler Politikbeauftragter DHL Group



Kommandoübergabe Hunsrückkaserne



Gespräch mit Marco Weber, Präsident des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Nassau



Vorlesetag mit Hendrik Wüst, KiTa Blankenrath



Infomobil des Bundestages zu Besuch in Simmern



Hunsrücker Oktoberfest



Neujahrsempfang CDU Rhein-Hunsrück



Familientag in Büchel



Weinwanderung Junge Union



Austausch Herausforderungen Steillagenweinbau mit PSt Engelhardt-Kopf



Deutsche Weinkönigin, Anna Zenz



Parteitag CDU Morbach

FÖRDERPROGRAMME

Immer wieder erreichen mein Bundestagsbüro Anfragen zu möglichen Förderprogrammen für Kommunen, Vereine, soziale Einrichtungen oder ehrenamtliche Initiativen. Die Förderlandschaft ist vielfältig und oft nicht leicht zu überblicken. Für einen ersten Überblick über aktuelle Fördermöglichkeiten, kann ich die **Förderdatenbank des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie** wärmstens empfehlen. Dort finden sich Informationen zu zahlreichen Programmen des Bundes, der Länder und der Europäischen Union.

Für unsere Region spielen unter anderem Programme wie das Denkmalschutz-Sonderprogramm, die Städtebauförderung, die Förderung zur Sanierung kommunaler Sportstätten oder Fördermöglichkeiten für Schwimmbäder eine wichtige Rolle. Mit den Programmen unterstützt der Bund Städte und Gemeinden dabei, wichtige Infrastruktur zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Auch das Ehrenamt verdient besondere Unterstützung. Viele Projekte und Initiativen vor Ort wären ohne das Engagement zahlreicher Ehrenamtlicher nicht möglich. Deshalb möchte ich auch auf die Möglichkeiten der **Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt** hinweisen, die Vereine und ehrenamtliche Projekte mit Beratung, Vernetzung und teilweise auch finanzieller Unterstützung begleitet.

Städtebauförderung

Herzlichen Dank an Jörg Haseneier, Bürgermeister der Stadt Boppard, und Alexa Bach, die sich die Zeit genommen haben, mir den Baufortschritt an der Rheinallee zu zeigen.

Anlass meines Besuches war der Tag der Städtebauförderung am 9. Mai 2026. Über die Jahre wurde Boppard im Rahmen des Förderprogramms bereits mit über 8 Millionen Euro gefördert. Zuletzt wurden die Mittel für die Sanierung der Innenstadt mit Rheinallee bereitgestellt.

Seit über 55 Jahren ist die **Städtebauförderung ein starkes Gemeinschaftsprojekt von Bund, Ländern** und Kommunen. Sie sorgt für lebenswerte Ortskerne, stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und macht unsere Städte fit für die Zukunft. Mit der Erhöhung der Bundesmittel auf 1 Milliarde Euro im Jahr 2026 wurde die Städtebauförderung noch einmal deutlich gestärkt und ihre Wirkung für die Kommunen weiter ausgebaut. Insgesamt wurden seit 1971 bundesweit bereits mehr als 12.500 Maßnahmen in rund 4.000 Kommunen gefördert. Somit flossen bereits mehrere Millionen in unseren Wahlkreis, unter anderem nach Bernkastel-Kues, Zell, Traben-Trarbach, Sankt Goar, Oberwesel, Neumagen-Dhron und Emmelshausen.



Austausch mit Jörg Haseneier, Bürgermeister der Stadt Boppard und Alexa Bach, 2026

Bundesförderprogramm “Sanierung kommunaler Sportstätten”

SKS I

Aus dem aktuellen Bundesförderprogramm zur „Sanierung kommunaler Sportstätten“ (SKS) fließen **651.948,57 Euro** in unseren Wahlkreis. Das hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages am 22. April 2026 beschlossen. Die Mittel werden für die **Sanierung der Turnhalle der Rottmannschule in Simmern** bereitgestellt. Insgesamt gingen **3.684 Interessenbekundungen** beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung ein, das mit der Umsetzung des Bundesprogramms beauftragt ist. Mit einer beantragten Gesamtfördersumme von über 7,5 Milliarden Euro war der Projektaufruf allerdings 23-fach überzeichnet. In der ersten Tranche stehen 333 Millionen Euro aus Bundesmitteln zur Verfügung. Einen Überblick über alle geförderten Projekte finden Sie [hier](#).

SKS II

Für Herbst 2026 ist eine neue Förderrunde zum Bundesprogramm geplant. Nähere Informationen werden folgen.

SKS Schwimmbäder

Der Bund unterstützt die Kommunen bei der Sanierung und Modernisierung ihrer Schwimmbäder. Bis zum 19. Juni 2026 haben Städte und Gemeinden sowie Landkreise, wenn sie Eigentümer der Einrichtung sind, die Möglichkeit Projektskizzen für geeignete Sportstätten digital beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung einzureichen. Die Zuwendung erfolgt durch einen nicht rückzahlbaren Zuschuss als Projektförderung grundsätzlich in Form der Festbetragsfinanzierung. Die Zuschusshöhe beträgt bis zu 45 Prozent, bei Vorliegen einer Haushaltsnotlage bis zu 75 Prozent. Der Bundesanteil der Förderung muss mindestens 250.000 Euro betragen, sodass umfassende Modernisierungsmaßnahmen zugunsten der Ziele des Projektaufrufs ermöglicht und durchgeführt werden können. Der Höchstbetrag der Förderung liegt bei 8 Millionen Euro. Den Projektaufruf und weitere Informationen finden Sie unter www.bbsr.bund.de/sks-schwimmbaeder.

Bundesförderprogramm “Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel”

Mit dem Bundesprogramm „Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel“ unterstützt der Bund Städte, Gemeinden und Landkreise dabei, **Grün- und Freiräume klimaresilient und zukunftsfähig zu gestalten**. Dafür stehen aus dem Klima- und Transformationsfonds insgesamt 80 Millionen Euro zur Verfügung. Städte und Gemeinden sind aufgerufen, **bis zum 30. Juni 2026 geeignete Projekte zur Förderung einzureichen**.

Gefördert werden unter anderem die Aufwertung von Grünflächen, Maßnahmen zur Verbesserung des Wasserhaushalts, die klimaangepasste Gestaltung öffentlicher Räume sowie die ökologische Aufwertung von Gewässern. Ziel ist es, Kommunen besser auf Folgen des Klimawandels wie Hitze, Trockenheit und Extremwetter vorzubereiten. Die eingereichten Projektskizzen werden anhand der im Projektaufruf genannten Bewertungskriterien durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt-, und Raumforschung fachlich bewertet. Auf dieser Grundlage wählt der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages voraussichtlich im 4. Quartal 2026 die Projekte aus, die für eine Förderung vorgesehen sind. Weite Informationen finden Sie [hier](#).

Förderung durch die Kulturstiftung des Bundes

Kulturakteure aufgepasst! Die Kulturstiftung des Bundes wird mit jährlich 35 Mio. Euro an Bundesmitteln gefördert und ermöglicht davon zahlreiche Kunst- und Kulturprojekte in ganz Deutschland. Gefördert werden nichtkommerzielle Projekte aus allen Sparten (Bildende Kunst, Darstellende Kunst, Literatur, Musik). Die nächste **Antragsfrist ist der 31. Juli 2026**. Bei der allgemeinen Projektförderung ist ein Eigen- oder Drittmittelanteil von 20% der Gesamtkosten zu leisten.

Die Fördergrundsätze finden Sie [hier](#).

Förderprogramm zur Stärkung der klimafreundlichen Mobilität

Ab dem 19. Mai 2026 können Anträge für das Förderprogramm zur Stärkung der klimafreundlichen Mobilität eingereicht werden. Mit dem Programm setzen wir einen weiteren wichtigen Meilenstein für den Hochlauf der Elektromobilität in unserem Land, unterstützen insbesondere Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen beim Umstieg auf ein E-Auto und geben einen sinnvollen industriepolitischen Impuls für den Automobilstandort Deutschland.

Über ein Portal beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle können Privatpersonen, die sich für den Umstieg auf ein neues E-Auto oder ein Auto mit einem Plug-in-Hybrid-Antrieb entschieden haben, eine Förderung zwischen 1.500 und 6.000 Euro erhalten. Die Förderung kann auch rückwirkend für Fahrzeuge beantragt werden, die ab dem 1. Januar 2026 erstmalig zugelassen wurden.

Das Antragsverfahren läuft vollkommen digital und ist über folgende Adresse zu erreichen: <https://foerderzentrale.gov.de> Zu allen weiteren Fragen, die etwa die Förderbedingungen oder das Antragsverfahren betreffen, finden Sie detaillierte Antworten in den **FAQ**.

Denkmalschutz-Sonderprogramm

Über Sonderprogramme hat der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien seit 2009 bis 2025 rund 547 Millionen Euro in den Denkmalschutz investiert. Mehr als 3.000 national bedeutsame Kulturdenkmäler und historische Orgeln konnten dadurch in ganz Deutschland saniert werden.

Die Maßnahmen erstrecken sich über das gesamte Bundesgebiet und leisten damit einen bedeutenden Beitrag zum Erhalt unserer Kulturlandschaft. Die Fördermittel kommen vor allem mittelständischen Bau- und Handwerksbetrieben zugute.

Auch 2025 hat der Kulturstatsminister erneut ein Denkmalschutz-Sonderprogramm aufgelegt – es ist inzwischen die 14. Auflage. Im Kulturretat des Bundes wurden dafür zusätzliche Mittel in Höhe von bis zu 35 Millionen Euro etatisiert. Auch die Sanierung und Modernisierung von Orgeln kann damit gefördert werden. Der Bund beteiligt sich mit bis zu 50 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten. Die Bundesförderung muss durch Mittel engagierter Projektträger, der Länder, anderer Gebietskörperschaften oder Dritter ergänzt werden.

Am 4. März 2026 hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages die Förderung zahlreicher Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des **Denkmalschutz-Sonderprogramms XIV** aus dem Etat des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien beschlossen.

Ich freue mich daher, dass der Bund beabsichtigt, sich an der **Sanierung der Hünd-Orgel in der Kirche St. Servatius in Landkern mit Bundesmitteln in Höhe von 30.781,75 Euro** zu beteiligen.

Weitere Informationen zum Denkmalschutz-Sonderprogramm erhalten Sie [hier](#).

Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt

Die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) unterstützt ehrenamtlich tätige Menschen und ihre Organisationen mit vielfältigen Angeboten. Sie hat im Juli 2020 ihre Arbeit in Neustrelitz aufgenommen. Damit gibt es erstmals eine bundesweit tätige Anlaufstelle zur Förderung ehrenamtlichen Engagements. Die Gründung der DSEE selbst ist ein zentrales Ergebnis der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ und ein gemeinsames Vorhaben des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, des Bundesministeriums des Innern und für Heimat sowie des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

Informationen zu aktuellen Förderprogrammen finden Sie [hier](#).

PRAKTIKUM IM ABGEORDNETENBÜRO

Jungen Menschen aus meinem Wahlkreis und in Ausnahmefällen darüber hinaus, gebe ich gern die Möglichkeit, ein Praktikum in meinem Berliner Abgeordnetenbüro zu absolvieren. Sie unterstützen mein Team und mich tatkräftig und können zugleich viele spannende Einblicke in den politischen Alltag in Berlin gewinnen. So haben sie unter anderem die Gelegenheit, Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages zu verfolgen, an Ausschusssitzungen teilzunehmen sowie Gespräche und Termine in meinem Büro zu begleiten.

Hier ein kleiner Einblick von Simran und Michael:

„Zu Beginn unseres Praktikums am 07.04.2025 hätten wir es nicht für möglich gehalten, die Pressekonferenz zum Abschluss der Koalitionsverhandlungen im Paul-Löbe-Haus live miterleben zu dürfen. Dieses große politische Ereignis bildete neben unserem Besuch des Schlosses Bellevue und des Bundesministeriums des Innern und für Heimat einen Höhepunkt des Aufenthaltes in der Hauptstadt. Für diese besondere Möglichkeit bedanken wir uns herzlich bei Dr. Marlon Bröhr und seinem Team.“



Lena, April 2025



Simran und Michael, April 2025



Maximilian, Mai 2026



Christoph, Oktober 2025



Fynn, September 2025

PLANSPIEL “JUGEND UND PARLAMENT” - JULIAN STOTZ AUS KAISERSESCH WAR DABEI



Julian Stotz aus Kaisersesch mit Marlon Bröhr

Im Oktober 2025 habe mich sehr gefreut, Julian Stotz aus Kaisersesch in Berlin begrüßen zu dürfen.

Er war im Rahmen des Programms "Jugend und Parlament" in Berlin und durfte Politik hautnah miterleben.

"Jugend und Parlament" ist ein **Planspiel**, an dem über 250 politisch interessierte junge Erwachsene teilnehmen, um die Arbeit des Deutschen Bundestages kennenzulernen und selbst mitzuerleben. Die **Teilnehmenden werden in fiktive Fraktionen eingeteilt und schlüpfen in die Rolle von Abgeordneten**. In Landesgruppen, Fraktionen, Arbeitsgruppen und Ausschüssen erfahren sie aus erster Hand, wie parlamentarische Arbeit funktioniert.

Den Abschluss bildet eine simulierte Plenardebatte, die von Mitgliedern des Bundestagspräsidiums geleitet wird und wie eine echte Bundestagssitzung abläuft. Bei Interesse könnt ihr euch **hier** näher über das Planspiel informieren.

EIN AUSTAUSCHJAHR IN DEN USA - DAS PARLAMENTARISCHE PATENSCHAFTS-PROGRAMM



PPP-Stipendiat Paul Scherer aus Kirchberg

Ein **Jahr im Ausland** verbringen, eine neue Kultur kennenlernen, Freunde fürs Leben finden und die eigenen Fremdsprachenkenntnisse verbessern - dies zu erleben, ist sicherlich ein Traum vieler junger Menschen. Für den 18-jährigen Paul Scherer aus Kirchberg ging dieser Traum in Erfüllung.

Er hat sich erfolgreich beim Parlamentarischen Patenschafts-Programm des Deutschen Bundestages beworben und absolviert seit August 2025 ein Austauschjahr in Wisconsin. Er lebt bei einer Gastfamilie, besucht vor Ort eine High School und lernt somit den Alltag, das kulturelle Leben und die Politik der USA hautnah kennen.

Seit 1983 ermöglicht das Parlamentarische Patenschafts-Programm des Deutschen Bundestages Schülerinnen und Schülern sowie jungen Berufstätigen, ein Austauschjahr in den USA zu absolvieren. Das **PPP-Stipendium umfasst die Kosten für die Reise, Vorbereitung, Betreuung sowie notwendige Versicherungen.**

Weitere Informationen zum Programm finden Sie unter <https://www.bundestag.de/ppp>.

Bewerbungsberechtigt für das 44. PPP 2027/28 sind Schülerinnen und Schüler, die zwischen dem 1. August 2009 und dem 31. Juli 2012 und junge Berufstätige, die nach dem 31. Juli 2002 geboren wurden.

Die Bewerbungsfrist für das 44. PPP 2027/28 endet am Freitag, dem 11. September 2026.

GASTFAMILIEN IM WAHLKREIS GESUCHT

- Ab September 2026 haben Familien in der Region die Möglichkeit, im Rahmen des „PPP“ ein Gastkind aus den USA für ein Schuljahr bei sich aufzunehmen. Insgesamt reisen 42 US-amerikanische Stipendiatinnen und Stipendiaten mit der Austauschorganisation AFS Interkulturelle Begegnungen e.V. nach Deutschland, um Kultur, Sprache und Alltag kennenzulernen. Die Gastfamilien werden vor und während der Zeit des Austauschs von AFS vorbereitet, begleitet und betreut. Interessierte, die einen PPP-Stipendiaten ab September 2026 aufnehmen möchten, können sich direkt an die Austauschorganisation AFS wenden – unter der Telefonnummer 040 399222-90 oder per E-Mail an gastfamilie@afs.de. Weitere Informationen gibt es im Internet unter <https://www.afs.de/gastfamilie/>.
- Cultural Vistas sucht engagierte Gastgeber und Mentoren für die Teilnehmenden des 43. Parlamentarischen Patenschafts Programms (PPP) für junge Berufstätige im **Zeitraum Oktober 2026 bis Juni 2027**. Es ermöglicht jungen US-Amerikanern im Alter von 18 bis 24 Jahren, mehrere Monate in Deutschland zu leben, zu studieren und Praxiserfahrung zu sammeln. Als Gastfamilien willkommen sind z. B. Familien, Paare, Wohngemeinschaften und Senioren. Eine gute Anbindung – eine Universität / Hochschule muss innerhalb von maximal einer Stunde mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein. Gastgeber erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung. Weitere Informationen unter <https://usa-ppp.de/us-tn-in-de/>

BESUCH IN BERLIN

Der Deutsche Bundestag ist nicht nur das Herz unserer Demokratie, sondern auch ein Ort der Begegnung und politischen Bildung. Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis haben verschiedene Möglichkeiten, den Bundestag und das Reichstagsgebäude in Berlin kennenzulernen.

INDIVIDUELLE BESUCHE

Führung durch das Reichstagsgebäude

Im Rahmen einer etwa 90-minütigen Führung können Sie spannende Einblicke in die Geschichte und Architektur des Reichstagsgebäudes sowie in die Arbeitsweise des Parlaments erhalten. Die Führung wird durch den Besucherdienst des Deutschen Bundestages durchgeführt und endet in der Regel mit einem Besuch der Reichstagskuppel. Gruppen können aus bis zu 25 Personen bestehen.

Vortrag im Plenarsaal

Besuchergruppen können außerdem an einem Vortrag auf der Besuchertribüne des Plenarsaals teilnehmen. Dabei werden Geschichte, Aufbau und Aufgaben des Deutschen Bundestages erläutert. Die Veranstaltung dauert etwa 45 Minuten und bietet Gelegenheit, Fragen zur parlamentarischen Arbeit zu stellen. Im Anschluss besteht in der Regel die Möglichkeit, die Reichstagskuppel zu besuchen.

Besuch der Reichstagskuppel

Die Reichstagskuppel kann auch unabhängig von einer Führung oder einem Vortrag besucht werden. Von dort bietet sich ein beeindruckender Blick über Berlin und zugleich ein besonderer Einblick in die Architektur des Parlamentsgebäudes.

Sollten Sie Interesse an einer der drei Programmpunkte haben, können Sie sich **[hier informieren und einen Termin buchen](#)**.

Lassen Sie mich gern wissen, wenn Sie den Reichstag besuchen. Sollte ich aufgrund einer Sitzungswoche in Berlin sein und mein Terminkalender es mir erlauben, treffe ich Sie gern zu einer Führung oder einem Gespräch.

INFOBESUCHE FÜR SCHULKLASSEN

Als Bundestagsabgeordneter habe ich die Möglichkeit, bis zu **230 Personen** pro Jahr in Gruppen zu einem **Informationsbesuch nach Berlin** einzuladen. Für diese Fahrten erhalten die Teilnehmer einen **Fahrtkostenzuschuss**. In Sitzungswochen ist der Besuch einer Plenardebatte, in der sitzungsfreien Zeit ein Vortrag im Plenarsaal über die Aufgaben und Funktionen des Parlaments sowie ein Gespräch mit mir vorgesehen. Zudem besteht die Möglichkeit zu einem kostenlosen Mittagessen im Besucherrestaurant des Bundestags.

Ich vergebe diese Zuschusskontingente grundsätzlich an **Schülerinnen und Schüler**, die im Rahmen von Klassenfahrten Berlin besuchen. In meinem Büro werden die eingehenden Anfragen der Schulen bis Mitte Oktober des laufenden Jahres für das Folgejahr gesammelt, dann wird entschieden, welche der anfragenden Gruppen in welcher Höhe bezuschusst werden können. Im Laufe des Monats November des laufenden Jahres gibt die Bundestagsverwaltung die Besuchertermine für das Folgejahr frei, und es erfolgt die Antragstellung.

Interessierte Schulen, Lehrkräfte bzw. Schülerinnen oder Schüler können sich jederzeit an mein Büro wenden.

Im letzten Jahr durfte ich unter anderem Schülerinnen und Schüler der Paul-Schneider-RS+ aus Sohren, des Nikolaus-von-Kues-Gymnasiums aus Bernkastel-Kues, des Martin-von-Cochem-Gymnasiums aus Cochem, der Fritz-Strassmann Schule aus Boppard, der IGS Emmelshausen, der Theodor-Heuss-Schule Kastellaun sowie der IGS Kastellaun treffen.



BILDUNGSPOLITISCHE FAHRT NACH BERLIN

Dreimal im Jahr darf jedes Mitglied des Deutschen Bundestages eine **Gruppe von maximal 50 Personen** zu einer so genannten **bildungspolitischen Fahrt nach Berlin** einladen. Die Erstellung des Programms sowie die Betreuung der Gruppen vor Ort übernimmt das Bundespresseamt.

Mir ist es sehr wichtig, zu diesen Fahrten grundsätzlich **ehrenamtlich tätige Menschen** aus meinem Wahlkreis einzuladen, um sie für ihre Unterstützung und ihren oft jahrzehntelangen Einsatz zu würdigen. Im März dieses Jahres habe ich mich beispielsweise sehr über den Besuch von Ehrenamtlern von Hospizgemeinschaften in meinem Wahlkreis und den Landfrauen gefreut.

Traditionell steht der **Besuch des Reichstages** mit einem **Informationsvortrag** und der **Besichtigung der Kuppel** im Mittelpunkt. Auf dem Programm stehen zudem **Führungen in Museen, Informationsgespräche in Ministerien** und **Besuche von Denkmälern**.



BPA-Gruppe "Engagierte Ehrenamtler der Hospizgemeinschaften/ Landfrauen" März 2026
(Foto: Bundesregierung/ StadtLandMensch-Fotografie)





BPA-Gruppe "erstmalig gewählte Bürgermeister und engagierte Ehrenamtler aus dem Sportbereich" September 2025





BPA-Gruppe "Weinhoheiten von Mosel und Mittelrhein sowie engagierte Jugendliche aus Hambuch und Morbach" Juli 2025





BPA-Gruppe "Politisch Engagierte Personen aus dem Wahlkreis" März 2025
(Foto: Bundesregierung/ StadtLandMensch-Fotografie)



Bleiben Sie auf dem Laufenden!